Bericht über die Entwicklung in POLEN

September 1961

I. Politische Ereignisse — Seite: 1
1) RAPACKI zum Jahrestag des Kriegsausbruches — 1
2) GOMULKA zur Weltlage — 5
3) Durcheinander in der Versorgungslage — 13

II. Wirtschaft — 13
1) Ernte — 13
2) Ablieferung der Getreide-Kontingente — 15
3) Einzelbauern — 16
4) Industrie [illegible] Warschau — 17
5) Handwerker auf dem Lande — 17

III. Polen und das Ausland — 19
Bundestagswahlen — 19

- - - - -

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

I. Politische Ereignisse

1) RAPACKI zum Jahrestag des Kriegsausbruches

Der 1. September wird in Polen als Jahrestag des Nazi-Überfalles feierlich begangen. Im ganzen Lande werden Massenversammlungen veranstaltet, in der Hauptstadt und anderen Zentren des Landes rufen die führenden Männer der Regierung und der Partei die Schreckensbilder der Vergangenheit wach und warnen vor kommenden Gefahren. Es ist auch seit einigen Jahren den Rednern zur Gewohnheit geworden, mit erhobenem Finger in die Richtung zu zeigen, aus der die vermeintliche Gefahr kommen könnte.

Neben der echten Besorgnis um Sicherheit und Frieden für das eigene Volk, Europa und die Welt werden von den Rednern auch andere, rein propagandistische Töne angeschlagen. Die Intensität dieser Propaganda steigerte sich in den letzten Jahren mit der wachsenden Aggressivität der sowjetischen Politik. Die Gründe dafür sind offensichtlich. CHRUSCHTSCHOW verlangt von seinen Satelliten eine propagandistische Unterstützung seiner Politik gegenüber Deutschland.

Als Hauptredner der Warschauer Massenversammlung dieses Jahres trat Außenminister Adam RAPACKI auf. Er, der sonst eine gemässigte Ausdrucksweise pflegt, zeigte diesmal eine Vorliebe für starke Formulierungen. Sein Erscheinen im großen Warschauer Kongreßsaal und die Rede, die er dort hielt, sollte allen Zweifelern beweisen, daß Polen in der augenblicklichen gespannten Lage fest hinter seinem großen Verbündeten steht.

> "Heute sind wir gemeinsam mit dem ganzen sozialistischen Lager entschlossen, nicht zuzulassen, daß dieselben verhängnisvollen Kräfte der imperialistischen Politik in Deutschland die Welt in eine neue Katastrophe stürzen...
>
> Erinnern wir uns an 6 Millionen Opfer in Polen, 20 Millionen in der Sowjetunion. Insgesamt waren es in der Sowjetunion, in Polen, in Jugoslawien, in der Tschechoslowakei und in anderen Staaten östlich von Deutschland, die verschwinden und dem 'tausendjährigen Reich' weichen sollten, 30 Millionen Gefallene und Ermordete. Ich erwähne nicht einmal die materiellen Verluste. Ich spreche nur von menschlichen Existenzen, die im Namen eines usurpierten Rechts auf ein fremdes Vaterland, auf die Bestimmung über das Schicksal anderer M-enschen , ausgelöscht wurden....
>
> Heute ist die Situation anders als vor 22 Jahren. An unserer West-

grenze gibt es kein Hitlerdeutschland mehr, auch ein Adenauer-Deutschland gibt es nicht und wird es an unserer Westgrenze nicht geben. Dort ist die Deutsche Demokratische Republik. Sie hat die Grenzen an der Oder und Neiße als endgültige Friedens- und Freundschaftsgrenze anerkannt, sie ist mit Polen und mit den anderen sozialistischen Staaten durch ein Bündnis, durch Zusammenarbeit und Freundschaft verbunden."

Die folgenden Worte des polnischen Ministers sollten den Eindruck verwischen, Polen stehe den internen Problemen des ULBRICHT-Staates und überhaupt dem ganzen Gebilde "DDR" gleichgültig oder gar unfreundlich gegenüber:

"Die Verwirklichung so umwälzender Aufgaben (gemeint ist 'gründliche Umgestaltung der Gesellschaftsordnung, der Politik und der Denkweise der Menschen') konnte nicht ohne beträchtliche Schwierigkeiten erfolgen. Wir in Polen verstehen das Wesen dieser Schwierigkeiten und können den deutschen Genossen und Freunden nur dankbar sein, daß sie diese Schwierigkeiten mit allem Mut auf ihre Schulter genommen haben, im Interesse ihres Volkes und im Interesse des Friedens....

Die Existenz und die Entwicklung der DDR ist nicht nur ein Element unserer Sicherheit von außerordentlichem Gewicht, es ist die erste große Chance mit dem ganzen deutschen Volk dauerhafte Beziehungen des Friedens und der Freundschaft aufzunehmen. Die friedliche Entwicklung der DDR ist von immenser Bedeutung für unsere friedliche Entwicklung, ihre Sicherheit ist Voraussetzung unserer Sicherheit, die Unantastbarkeit der Grenze an der Elbe ist eine Frage der Unantastbarkeit der Grenze an der Oder-Neiße."

Eine Bekräftigung der Solidarität Polens mit der "DDR" erschien, wie man in Warschau sagt, vor allem den Sowjets notwendig. Die "lasche" Haltung Polens in der Frage der Solidarität mit ULBRICHT sollte Moskaus Statthalter in Pankow nicht unnötig in Schwierigkeiten bringen und den "Imperialisten" nicht den Eindruck vermitteln, für Warschau seien die Ressentiments gegenüber dem ULBRICHT-Regime stärker als die gemeinsamen Interessen.

Nach der starken Betonung der Schicksalsgemeinschaft Polens mit der 'DDR' befaßte sich der Außenminister Polens mit dem "anderen Deutschland":

"Die wesentlichen Ziele des deutschen Imperialismus haben sich nicht geändert. Aufrüstung, Einverleibung der DDR, dann Marsch gen Osten und dann - wie es im Lied heißt: 'Heute gehört uns Deutschland, morgen die ganze Welt'.

Die westdeutschen Politiker mögen diese geschichtlichen Analogien ganz und gar nicht. Sie empören sich geradezu. Sierepräsentieren schließlich ein völlig neues, anderes, demokratisches Deutschland. Das wird für den Export hinausposaunt. Für den täglichen Gebrauch gibt es z.B. das Telegramm an den Chef des Hauses Hohenzollern zu den kürzlichen 900 Jahrfeiern des Bestehens dieser Dynastie:
'Als regierender Bürgermeister von Berlin möchte ich Ihnen mit aller gebührenden Hochachtung versichern, daß ich die Leistungen der brandenburgischen Kurfürsten und preussischen Könige zu würdigen weiß.'
Dieses Telegramm sandte der Kanzler-Kandidat der SPD - Willi Brandt."

"Am 3. September soll gerade in Westberlin eine große Revanchistenkundgebung unter Beteiligung von Bundesministern anläßlich des sogen. 'Tages der Heimat' stattfinden, und zwar unter der Losung der 'Selbstbestimmung'. Gerade am 3. September, am Jahrestag der Anwendung des hitleristischen 'Selbstbestimmungsrechtes' gegenüber Polen. Genau am 22. Jahrestag des Eintritts Englands und Frankreichs in den Krieg gegen Hitler...

Es ist allerhöchste Zeit, diese Herren aus ihren Träumen von der Vergangenheit zu wecken und sie mit der völlig anderen Wirklichkeit von heute von Angesicht zu Angesicht zu konfrontieren... Es bestünde nicht die Notwendigkeit, sich mit den Träumen der westdeutschen Imperialisten zu beschäftigen, genössen sie nicht die Unterstützung der Westmächte...
Die Westmächte schwiegen aber zum deutschen Revisionismus. Außer Frankreich schweigen sie auch zur Oder-Neiße-Grenze. Sie hüllen sich bis heute in Schweigen...

Möglicherweise geht es jetzt nur um ein Handelsobjekt, obwohl es

genügend klar sein dürfte, daß wir nicht die Absicht haben, um unsere Grenze zu handeln. Das bisherige Schweigen des Westens zur Frage der Oder-Neiße-Grenze... konnte nur auf eine Art erklärt werden. Man vermied es, den deutschen Revanchisten offen die Wahrheit zu sagen, nämlich, daß es keine Kraft gibt, die diese Grenze zu ändern vermöchte. Warum will man diese Wahrheit nicht aussprechen? Offensichtlich ist jemand daran interessiert, daß diesen in Europa gefährlichsten, friedensfeindlichen Kräften, Mut zugesprochen wird."

RAPACKI sprach von dem westdeutschen "Ruf nach Atomwaffen". Der Ostblock könne nicht passiv zusehen, "wie Mittel der Gewaltanwendung gegen die sozialistischen Staaten gestapelt werden." Damit rechtfertigte RAPACKI den sowjetischen Entschluß, "von dem Sie heute erfahren haben". RAPACKI meinte die sowjetischen Atombombentests, er vermied aber, sie beim Namen zu nennen, in der richtigen Einschätzung der Wirkung dieses Entschlusses auf die Massen in Polen. Niedergeschlagenheit und Empörung der polnischen Bevölkerung waren schon in den ersten Stunden nach dieser Ankündigung so einwandfrei festzustellen, daß der Minister es vorzog, die Sache nicht allzudeutlich zu erwähnen.

Den Schlußteil der Rede widmete RAPACKI dem Berlin-Problem:

"Wir warteten fast drei Jahre. Wir wollen das Westberlin-Problem auf dem Verhandlungswege regeln und glauben, daß derartige Verhandlungen möglich sind, ja, daß sie sogar die Möglichkeit bieten, viele für die friedliche Lösung des Deutschlandproblems wesentliche Fragen miteinander abzustimmen...

Im Westen wurden wegen der Maßnahmen der DDR vom 13. August in Berlin ein Geschrei erhoben...
Die DDR hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, ihr eigenes Territorium, ihre eigene Hauptstadt vor der großangelegten Sabotage, vor der wachsenden Provokationsgefahr abzusichern."

Die Besorgnis um die möglichen Konsequenzen des sowjetzonalen und sowjetischen Vorgehens in der Berliner Frage fand in einem Aufruf des Ministers seinen Ausdruck:

"Nun, Genossen, besser wäre es gewesen, die Frage des Friedensvertrages in Deutschland und das westberliner Problem in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln. Das wäre viel besser gewesen."

Man möchte dem polnischen Minister glauben, das für ihn und sein Land die gegenwärtige, von den Sowjets provozierte Krise mehr als ungelegen kommt. Die Existenz eines freien Teiles von Berlin war bis Herbst 1958 weder den Regierenden noch den Regierten in Polen ein Dorn im Auge, und die Schwierigkeiten ULBRICHTs wurden trotz entgegenlautenden Versicherungen nicht als eigene empfunden. Seit drei Jahren beteiligt sich Polen an dem sowjetischen Nervenkrieg um Berlin, und es tut es nach außen hin eifrig. Daß es mit diesem Eifer nicht immer zum besten bestellt ist, weiß man nur aus privaten Äußerungen zahlreicher verantwortlicher Menschen in Polen. Etwas vom UNWILLEN Warschaus in Anbetracht der Gefahren, die dieCHRUSCHTSCHOWsche Außenpolitik mit sich bringt, ist auch in dem Seufzer des Außenministers RAPACKI zu spüren. Den tiefen Pessimismus, den die Krise um die Berliner Frage in politischen Kreisen Polens verursacht hat, versuchte der Minister mit einer Behauptung wegzuwischen:

"Einen Krieg um Berlin wird es nicht geben."

Die Bevölkerung Polens dachte zu jenem Zeitpunkt etwas skeptischer, wie schon allein aus den Angstkäufen ersichtlich war.

"Wir werden auch in Zukunft geduldig und entschlossen die Politik der friedlichen Koexistenz verfolgen" - mit dieser Versicherung schloß RAPACKI seine Warschauer Rede. Eine solche Politik läuft ganz gewiß den Interessen des Regimes und des ganzen Volkes nicht zuwider. Die Schwierigkeit liegt nur darin, daß Polen keine selbständige Außenpoliti treibt und treiben darf.

2) GOMULKA zur Weltlage

In den innenpolitisch nicht sonderlich ereignisreichen Sommermonaten richtete sich die Aufmerksamkeit der Bevölkerung Polens um so stärker auf die allmähliche Verschlechterung der internationalen Lage.

Seit Mitte August steht die Berliner Krise im Zentrum des allgemeinen Interesses. Über die wirklichen Gründe der Krise und über alle damit verbundenen Gefahren ist die polnische Bevölkerung ausreichend durch die

westlichen Rundfunksender informiert. Der wachsenden Unruhe in den Massen versuchte die Regierung zuerst durch die Bagatellisierung der Lage und durch Verschweigen der Tatsachen entgegenzuwirken. Als dieses Mittel jedoch versagte, entschloß man sich zur Änderung der Taktik. Man verschweigt den Ernst der Lage nicht, sondern bemüht sich, die Beweggründe der sowjetischen Politik, die zur jetzigen Verschärfung der Situation führten, zu erklären und zu rechtfertigen. Das fällt den polnischen Kommunisten zwar schwer, ist aber unumgänglich, weil die Massen schon laut darüber zu murren begannen, daß die Sowjets Polen in "ihren" Konflikt mithineinziehen. Da aber GOMULKA nicht nur den Konflikt, sondern schon eine vorübergehende Verschärfung der Lage am liebsten vermeidet, versuchte man gleichzeitig bei jeder Gelegenheit zu unterstreichen, wie sehr Polen an der Fortsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz gelegen ist.

Wenn man die Rede GOMULKAs betrachtet, die er am 10. September vor Bauern hielt, so findet man dort die erwähnten Hauptelemente.

> "Unser ganzes Volk - sagte der Parteichef - hat sich ganz der schöpferischen und friedlichen Arbeit, der Aufgabe gewidmet, Jahr um Jahr seinen Lebensstandard zu erhöhen, Volksbildung und kulturelle Entwicklung zu unterstützen, das neue sozialistische System, das eine bessere Zukunft bringt, aufzubauen...
>
> Ich will hier vor Euch, den Vertretern des polnischen Dorfes und vor der ganzen Bevölkerung feststellen, daß wir alles Notwendige zu tun entschlossen sind, damit diese friedliche Arbeit und das Leben des polnischen Volkes von niemandem gestört werden...
>
> In den letzten Monaten hat sich die internationale Lage sehr verschärft. Seit langem warnten wir, daß die westliche Politik in der Deutschlandfrage für den Frieden immer gefährlicher wird. Seit langem haben wir auch Vorschläge gemacht, die diese Gefahr beseitigen, und das deutsche Problem lösen sollten. Die polnische Regierung schlug die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vor. Es ist offensichtlich: Wäre dieser Vorschlag angenommen worden, sähe heute die Lage in Europa und in der Welt anders aus. Aber die Bundesrepublik und die Westmächte haben diesen Vorschlag ohne Diskussion verworfen."

"Mit dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland darf man aber nicht länger zögern, wenn man den Weltfrieden nicht großen Gefahren aussetzen will. Diese Gefahr bilden die Kräfte des Militarismus und der Aggression in Westdeutschland, von den Westmächten ins Leben gerufen und unterstützt...

Soll man mit dem Abschluß des Friedensvertrages warten, bis die westdeutschen Militaristen die Kernwaffe in der Hand haben? Werden sie dann vielleicht friedlicher eingestellt sein?...

Die Deutsche Bundesrepublik, die führende Kraft der Aggressionspolitik und des kalten Krieges in Europa benutzt Westberlin nicht nur für eigene Aktionen, die auf Zersetzung und Annektierung der DDR hinzielen, sondern auch zur Inspiration und Organisation der Spannung zwischen West und Ost durch Druck und sogar Erpressung ihrer atlantischen Verbündeten. Auf diese Weise will man den Abschluß eines Friedensvertrages und die Lösung des westberliner Problems... verhindern...

Der einzig vernünftige, logische und für alle günstige Weg ist der Vorschlag der Sowjetunion, sich an einen runden Tisch zu setzen und durch Verhandlungen ... dieses Problem zu lösen. Je früher man das tut, um so leichter werden die Verhandlungen und ein Übereinkommen sein. Man wird dann neue Hindernisse und Schwierigkeiten vermeiden können...

Selbstverständlich können wir nicht untätig dem imperialistischen
+ Zurschautragen der Macht zusehen. Darum [illegible] die SU, sondern
+ auch alle Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes, also auch Polen,
+ ihre Verteidigungskräfte stärken...

Alle friedliebenden Völker sind am Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland stark interessiert. Das polnische Volk verfolgt dieses Ziel um so mehr, da ein solcher Vertrag-unabhängig davon, ob er mit beiden deutschen Staaten oder nur mit der DDR abgeschlossen wird - endgültig und vollauf übereinstimmend mit den Grundsätzen des Völkerrechtes die bestehende deutsch-polnische Oder-Neiße Grenze sanktioniert wird. Das polnische Volk ist am direktesten daran interessiert, daß die westdeutschen Revisionisten endlich

begreifen, daß ihre Hoffnungen vergebens sind, daß die Wacht an
+ unserer Grenze Recht und Macht halten. Um so mehr fühlen wir uns
+ verpflichtet, unseren Beitrag zur Stärkung der Verteidigungskräfte
+ der Staaten des Warschauer Paktes zu leisten."

Eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben ist im heutigen Polen eine äusserst unpopuläre Maßnahme. Jeder weiß, was das bedeutet: Warenknappheit, steigende Preise und als Folge die Verschlechterung der materiellen Situation der Bevölkerung.

Die in der Vergangenheit viel geplagte und alles andere als reiche Bevölkerung Polens ist auch großen Opfern zum Wohle der Gemeinschaft nicht abgeneigt. Das hat sie nach dem Kriege bewiesen, als es darum ging, die schlimmsten Wunden des Krieges zu heilen, die Hauptstadt aus den Ruinen wieder aufzubauen usw. Aber diese Opferbereitschaft ist in der stalinistischen Zeit oft genug mißbraucht worden, und heute will sich keiner für dumm verkaufen lassen. Heute wollen die Massen absolut nicht einsehen, warum sie für eine Sache Opfer bringen sollen, die sie allgemein als abenteuerliche sowjetische Politik bezeichnen. Darum griff GOMULKA zum stärksten Argument, für das jeder Pole empfänglich ist: Die Oder-Neiße-Grenze. Aber in diesem Falle verfängt die Argumentierung des polnischen Parteichefs bei den Massen nicht. Jeder Pole wünscht sich eine offizielle Anerkennung der Grenze an Oder und Neiße durch den Westen, man glaubt aber nicht, daß gerade eine Forcierung der Rüstung in Polen dieser Anerkennung dienlich sein würde.

GOMULKA versicherte übrigens den Polen, daß es wegen Berlin niemals zu einem Krieg kommen wird. Viele Polen fragen sich deshalb, wozu dann das ganze Gerede von einer "verstärkten Verteidigungsbereitschaft" gut sei und das in einem Lande, dessen Streitkräfte im Falle eines Konfliktes sowieso nichts zu bestellen hätten.

3) Durcheinander in der Versorgungslage

Warum sich Polen keine gefährliche Zuspitzung der internationalen Lage wünschen kann, wurde gleich nach dem 13. August ersichtlich. Die erste Welle der Angstkäufe von Lebensmitteln und industriellen Konsumwaren

hat den polnischen Markt binnen weniger Tage vollständig desorganisiert. Die überaus dünne Warendecke in Polen reicht gerade noch für die normale, bei dem niedrigen Lebensstandard ohnehin nicht hohe Nachfrage aus. Weder die vorhandenen Vorräte noch die Transportmöglichkeiten genügen einer gesteigerten Nachfrage.

Dies zeigte sich deutlich, als die verängstigten Menschen sich kleine Vorräte anzulegen begannen. Sehr schnell mußte man den Verkauf von einigen besonders gefragten Lebensmitteln wie Zucker, Mehl, Salz usw. auf kleine Mengen einschränken. Es bildeten sich lange Schlagen vor den Geschäften, weil auch diese kleinen Mengen nicht ausreichend vorhanden waren. Die Berufstätigen konnten natürlich nicht stundenlang warten, bis sie an die Reihe kamen. Da die Geschäfte durch die Wartenden blockiert waren, waren auch solche Lebensmittel erst nach langem Warten zu bekommen, die niemand als Vorräte kaufen wollte (wie Brot und Milch). Unternehmungslustige Spekulanten nutzten die Gelegenheit, um ihre Geschäfte zu machen, die Lage wurde in kürzester Zeit völlig trostlos.

Die Zeitungen wollten längere Zeit diese Panikkäufe nicht wahrhaben, erst am 9. September, also nach über drei Wochen, teilte die parteiamtliche "Trybuna Ludu" den verblüfften Lesern mit, daß die "Marktlage völlig normal ist", soweit es sich um die Belieferung mit Waren handelt. Gleich hinterher konnte man lesen, daß man mehr Zucker, Mehl usw. liefert, als in der gleichen Zeit im vorigen Jahr. In Anbetracht dieser Tatsache meinte die Zeitung, sei es vom wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Standpunkt gesehen schädlich, wenn manche Lebensmittel überall aufgekauft würden. Die Bevölkerung solle zur Selbsthilfe greifen, riet die Zeitung, und verriet damit die völlige Ratlosigkeit der Behörden.

Über die Gründe für diese übermässigen Einkäufe äußerte sich die Zeitung noch nicht. Dies tat GOMULKA selbst einen Tag später bei seiner Rede zum Erntedankfest.

> "Die imperialistische Propaganda schafft mit den Problemen Westberlins eine Kriegshysterie. Eines der Ziele dieser Propaganda

ist es, die sozialistischen Völker einzuschüchtern, ihre soziale Disziplin zu schwächen, ihr normales tägliches Leben zu stören. Und es muß gesagt werden, daß sich in unserem Lande hier und da Menschen fanden, die die erforderliche Widerstandskraft nicht zeigten und der Kriegspsychose erlagen. Sie kauften über die normalen Bedürfnisse hinaus und hamstern Salz, Zucker, Mehl und andere Artikel. Sie sagten, sie tun es für den Fall, daß ein Krieg kommt. Oh! arme beschränkte Menschen!
Sie wollen selbst gesichert und ruhig leben, aber durch ihr Verhalten leisten sie nur den imperialistischen Kriegskräften gute Dienste... Sie desorganisieren den Markt, die Versorgung, und erschweren normale Einkäufe von Waren, die sie zu Hause speichern. Es kommt vor, daß manche, die ihr ganzes Geld für das Sammeln von Vorräten ausgegeben haben, weil sie glauben, der Krieg steht schon vor der Tür, nun da ihre Befürchtungen sich nicht erfüllt hat, die Ware zurück ins Geschäft bringen und um ihr Geld bitten."

Wenn man GOMULKAs Worten glauben solle, waren es also "Imperialisten", die durch ihre Boshaftigkeit eine Versorgungskrise in Polen (und in den übrigen Ostblockländern) verursachten. Man kann sich nun leicht vorstellen welche Gefühle seine Zuhörer bewegten, die in überwiegender Mehrheit ganz genau darüber informiert waren, wer die jetzige Weltkrise entfacht hat, die ihren Schatten auch auf Polen zu werfen begann. Aber selbst GOMULKA hielt sich nicht konsequent an seine absurde These und enthüllte einen Teil der Wahrheit:

"Den Menschen, die keine gesellschaftliche Disziplin besitzen, genügt es, daß sie Bewegungen einer Truppeneinheit oder Waffentransporte sehen, oder nur von anderen etwas darüber hörten, damit sie sofort von Panik und Angst erfaßt in den nächsten Laden rennen und Vorräte sammeln."

Gemeint waren die sowjetischen Truppenbewegungen in der zweiten Hälfte des Monats August. Es gab wohl niemanden in Polen, der auch im Falle dieser Truppentransporte an eine imperialistische Intrige glauben wollte.

Weiter sagte der erste Sekretär der PZPR:

> "Wenn sie (d.H. die von Panik ergriffenen Menschen) mindestens etwas aufmerksamer die Zeitung lesen würden, so könnten sie erfahren, daß der Friedensvertrag mit Deutschland erst im Dezember abgeschlossen werden soll, und das hätte doch bedeutet, daß zumindest bis dahin ihre kleine, egoistische Seele sich sicher fühlen müsste, wenn sie schon nicht genug Verstand besitzen um zu begreifen, daß unsere Kräfte, die Friedenskräfte, stärker als die Kriegskräfte sind.Und je stärker sie sind - um so sicherer ist der Frieden."

Inzwischen ist die Kriegspsychose in Polen abgeklungen und die Versorgungslage konnte sich wieder normalisieren. Sie war nur ein kleiner Vorgeschmack der Schwierigkeiten, in die Polen durch die aggressive sowjetische Politik mit hineingezogen werden kann. Die gesteigerte "Verteidigungsbereitschaft" der polnischen Streitkräfte (man schrieb schon von Raketenwaffen), wird sich auch bald im wirtschaftlichen Leben des Landes auswirken. Die Amerikaner lassen sich mit der Erteilung der Kredite für Polen verständlicherweise Zeit. Wenn die jetzige Krise sich noch weiter verschärfen sollte, sind noch empfindlichere Schläge für die Wirtschaft Polens zu erwarten. Alle bösen Vorahnungen, die GOMULKA schon vor drei Jahren hatte, beginnen sich jetzt zu verwirklichen.

Ebenso schlimm wie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten dürften die moralischen Einbussen für das Regime in Polen sein. Die Menschen in Polen haben sich daran gewöhnt, daß GOMULKA eine andere Sprache als die stalinistischen Führer zu ihnen spricht. Auch für einen wenig aufgewecktem Zuhörer war aber diesmal die Anhäufung von Unwahrheiten und Ungereimtheiten in der Ansprache des Parteichefes auffallend. Die aggressive Politik CHRUSCHTSCHOWs stellt die Führung der polnischen PZPR in eine unmögliche Position dem eigenem Volke gegenüber. Vieles, wie z.B. die Wiederaufnahme der Atombombentests, wagt man in Polen kaum zu erwähnen.

Um manche Schachzüge der CHRUSCHTSCHOWschen Politik zu rechtfertigen, müssen die polnischen Kommunisten oft auf jede Logik verzichten.

In den Augen der Massen machen sie sich dadurch immer weniger glaubwürdig und das könnte eines Tages zum Verhängnis werden. Die internationale Krise wirft düstere Schatten auf Polen, sie gefährdet die wirtschaftliche Gesundung des Landes und die ständige Verbesserung des Lebensstandardes, sie gefährdet auch eines der Elemente, diezur Stabilisierung der Lage in Polen wesentlich beitrugen. Dieses Element ist ein bisher nicht geringes Maß an Vertrauen der Massen in GOMULKA und seine Leute.

II. WIRTSCHAFT

1) E r n t e

Das Jahr 1961 brachte der Landwirtschaft in Polen eine Rekordernte. Die durchschnittlichen Hektarerträge für die 4 Getreidesorten (Roggen, Weizen, Hafer, Gerste) betrugen 17,7 dz. In den Jahren 1954-56 hatte man im Durchschnitt Erträge von 13,5 dz, in den letzten drei Jahren - 16,5 dz erzielt. Der Fortschritt ist nicht zu bestreiten.

Höhere Hektarerträge als bisher konnte man auch bei Futterpflanzen, Heu und Ölpflanzen erzielen. Auch die Hackfrüchte (Kartoffeln, Zuckerrüben) versprechen hohe Erträge. Insofern war das letzte Jahr in der Landwirtschaft ein Jahr der großen Erfolge.

Dieses erfreuliche Bild wurde zwar durch die schlechte Witterung während der Einbringung der Ernte getrübt, man hat aber auch diese Schwierigkeiten etwas besser als in der Vergangenheit zu lösen vermocht. Im übrigen hat dabei, wie in allen Fällen, in denen es sich um wichtige Interessen der Bevölkerung handelt, die katholische Kirche ihre Hilfe nicht verweigert. Ihr Appell an die Bevölkerung, bei der Einbringung der Ernte zu helfen, wurde in weiten Kreisen gehört und befolgt. Bei solchen Gelegenheiten zeigt es sich deutlich, welchen Einfluß die Kirche auf die Massen besitzt.

Die Erfolge der Landwirtschaft sind nicht allein auf günstige Wetterverhältnisse zurückzuführen, sondern vielmehr Ergebnis einer seit 5 Jahren geführten Politik, die sich in einer intensiven und allseitigen Hilfe des Staates für die Landwirtschaft äussert. Auf diese Tatsache konnte GOMULKA während seiner Ansprache an die Bauern am Erntedanktage hinweisen. Die Landwirtschaftspolitik der Partei unterlag in den letzten fünf Jahren keinen wesentlichen Schwankungen, und sie gehört zu den wenigen fast unverändert gebliebenen Bestandteilen des "polnischen Oktobers".

Mit jedem Jahr bekommt die Landwirtschaft mehr neue Maschinen, Dünge- und Pflanzenschutzmittel und Baumaterialien. Mit jedem Jahr verbessert man die Saatgutwirtschaft und Tierzuchtmethoden. In letzter Zeit hat man sich sehr darum bemüht, der Landwirtschaft die dringend benötigten Fachkader zu sichern. Sie waren eigentlich vorhanden, nur arbeiteten die Fachleute

nicht unmittelbar in der Produktion, sondern in den Städten, in Büros. Vor etwas einem Jahr startete man die Aktion, für Dorfagronomen eigene Häuser auf dem Lande zu bauen, um ihnen dadurch eine Übersiedlung auf das Land leichter zu machen. Die Mittel des "materiellen Anreizes" versagten auch in diesem Falle nicht, und langsam strömen die Fachkräfte zurück in die Dörfer.

Die Bauernzirkel, als Haupttrumpf der augenblicklichen Agrarpolitik in Polen gedacht - blicken schon auf eine zweijährige Vergangenheit zurück und werden langsam zu einem ernstzunehmenden Faktor in der Landwirtschaft. Sie arbeiten schon in 60 Prozent der Dörfer und umfassen ca. 900.000 Mitglieder. Zu ihrem Besitz gehören u.a. über 12.000 Traktoren.

Die Staatsfarmen erzielten bei der Getreideernte Hektarerträge, die fast dem Landesdurchschnitt für die ganze Landwirtschaft entsprechen (17,5 gegenüber 17,7 dz). Bisher lagen die Erträge der Staatsfarmen weit unter dem Durchschnitt. Erst in diesem Jahre hörten die Staatsfarmen auf, ein Defizitunternehmen zu sein, und brachten zum ersten Male Gewinne.

Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erzielen schon seit Jahren die höchsten Erträge in der Landwirtschaft. In diesem Jahre belaufen sie sich für Getreide auf 19,5 dz pro ha und liegen damit wesentlich über dem Durchschnitt.

Es fehlen bis jetzt Informationen darüber, welche Erträge die Einzelbauern erzielt haben. Sie werden sicherlich etwas unter Landesdurchschnitt vielleicht sogar unter dem Durchschnitt für die Staatsfarmen liegen. Man kann sich nur wundern, daß die zersplitterten Bauernhöfe (Durchschnittsgröße ca 5 ha) solange mit den großen Komplexen der Staatsfarmen und Kolchosen (die darüber hinaus in vieler Hinsicht bevorzugt waren und sind) Schritt halten konnten.

Fünfzehn Jahre brauchte man, um das Vorkriegsniveau bei der Viehhaltung zu erreichen. Die Raubwirtschaft der Nazibesatzung und spätere sowjetische "Kriegsrequisitionen", rissen hier so tiefe Lücken, daß der Vorkriegsstand erst im vorigen Jahr erreicht werden konnte. In diesem Jahrebeträgt die Zahl der Rinder 45 Stück pro 100 ha der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die weitere Erhöhung des Viehbestandes hängt von der Steigerung der Futtermittelerträge ab.

Für die Zukunft plant man eine Veränderung der Struktur des Anbaues von Getreide. Die Anbaufläche von Roggen und Hafer soll zugunsten von Weizen und Gerste verkleinert werden. Diese Kulturen bringen höhere Erträge. Trotzdem bevorzugen die Bauern traditionell Roggen und Hafer, die auch auf schlechterem Boden gedeihen und weniger Dühgemittel erfordern.

GOMULKA bekräftigte den Willen der Partei, eine Dezentralisierung der Planung in der Landwirtschaft durchzusetzen. Er meinte, daß das Leben eines jeden Dorfes und Kreises eine Menge von praktischen Problemen hervorbringt, die man nicht durch einen Beschluß zentraler Behörden in Warschau lösen kann. Die dazu berufene Instanzen sind die Volksräte in den Dorfgemeinden und Landkreisen. Jede Gemeinde muß einen eigenen Arbeitsplan besitzen, der darüber bestimmen soll, welche Pflanzen angebaut, wieviel Rinder und Schweine gezüchtet, wie die richtige Saatwirtschaft und der Pflanzenschutz gewährleistet werden sollen. Der Plan eines jeden Dorfes (eine Dorfgemeinde umfaßt in Polen einige Dörfer) muß konkret festsetzen, welche Bauernhöfe Saatgutwirtschaft führen sollen, wo die Bauern qualifiziertes Saatgut bekommen werden, wie man die Schädlinge bekämpfen muß usw.

Alle diese Aufgaben - meinte GOMULKA - sollen durch kollektive Bemühungen, durch planmässige Arbeit erfüllt werden. Die Bauernzirkel sind wiederum dazu berufen worden, um die Bauern zum kollektiven Handeln zu erziehen.

2) Ablieferung der Getreidekontingente

Einen dringenden Appell richtete GOMULKA in seiner Ansprache zum Erntedankfest an die Landwirtschaft, die Pflichtkontingente von Getreide während des Monats September abzuliefern. Als Ziel forderte er die Ablieferung von 1,2 Millionen Tonnen Getreide durch die Einzelbauern.

Drei Wochen später veröffentlichte man die Ergebnisse der Ablieferung. Die Einzelbauern brachten zu den staatlichen Aufkaufpunkten 1,075 Millionen to Getreide. Das Ablieferungsprogramm wurde also fast zu 90 % erfüllt. Im vorigen Jahre war die zum Ende September abgelieferte Getreidemenge um 300 000 to niedriger. Der erzielte Fortschritt ist also beachtlich.

Der Staatsführung lag deswegen so sehr daran, schon im September das Gros der Getreidekontingente zu bekommen, weil im Oktober und November die

Transportmittel für Kartoffeln und Zuckerrüben benötigt werden. In den vergangenen Jahren hatten die Bauern keine sonderliche Eile, ihren Ablieferungspflichten schon im September nachzukommen, was die Transporte von Hackfrüchten störte. In diesem Jahr können die Behörden mit dem Ablieferungstempo der Getreidekontigente durch die Bauern zufrieden sein.

Gleichzeitig werden die bäuerlichen Steuersünder ermahnt, die besonders gute diesjährige Ernte zu nutzen, um ihre Steuerrückständezu bezahlen.

"Der Staat" - meinte GOMULKA - "gibt den Bauern eine umfangreiche Hilfe. Er muß aber gleichzeitig verlangen, daß sie alle ihre Pflichten gegenüber dem Staat erfüllen."

3) Einzelbauer

Nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung vom Dezember 1960 beträgt die Anzahl der Bauernhöfe in Polen ca. 3,6 Millionen. 3,1 Millionen Bauernhöfe gehören verwaltungsmässig zum Gebiete der Dörfer, 0,5 Millionen liegen innerhalb der Stadtgrenzen.

Diese Zahl umfaßt allerdings auch solche "Bauernhöfe", die nur ein Zehntel ha Oberfläche haben, praktisch also kleine Parzellen. Sie brauchen auch nur zum Teil landwirtschaft genutzt werden.

Während der letzten 10 Jahre vergrößerte sich die Zahl der Bauernhöfe um 10,8 % auf dem Lande und fast 40 % in den Städten. Die Durchschnittsgröße eines Bauernhofes auf dem Lande verkleinerte sich in diesen Jahren von 5,4 auf 5,2 ha.

Zum größten Teil ist das auf die fortschreitende Teilung der Bauernhöfe zurückzuführen. Die Anzahl der Bauernhöfe vergrößerte sich auch dadurch, daßman nach dem Oktober 1956 viel brachliegendes Land im Osten und Westen des L andes, das theoretisch als Bestandteil der Staatsfarmen galt, für die Ansiedlung von Einzelbauern freigab.

4) Industrie in Warschau

Schon vor dem Kriege war Polens Hauptstadt ein (für damalige Verhältnisse) beachtliches Zentrum für Präzisionsindustrie (Metallbranche, Optik usw.) Nach dem Kriege mußte diese Industrie erst auf - und dann ausgebaut werden. Heute arbeiten in dem rund eine Million Einwohner zählenden Warschau 160.000 Menschen in Industriebetrieben. Diese Betriebe gehören hauptsächlich zur Maschinen-, Motoren- und Elektrobranche. Auch die Chemie und die Lebensmittelindustrie spielen eine Rolle.

Ein Teil dieser Werke arbeitet noch in den alten Räumlichkeiten und mit dem Maschinenpark aus der Vorkriegszeit. Neben diesen völlig überalterten Betrieben gibt es [illegible], die [illegible] hochmodern [illegible] kann.

Man will in Zukunft nur solche Industrien in Warschau fördern, die wenig Rohstoffe, dafür aber viele qualifizierte menschliche Arbeitskräfte erfordern. In der Zeit der stalinistischen Wirtschaftsplanung hat man allerdings viele heute nicht reparable Fehler gemacht. So baute man beispielsweise im Norden der Stadt ein großes Werk zur Herstellung von Edelstahl und mitten in der Stadt Zementwerke.

Der Warschauer Industrie mangelt [illegible] langem schon an Arbeitskräften. In den kommenden Jahren sollen kleinere Betriebe in die Randgebiete der Stadt verlegt werden, um für sie ländliche Arbeitskräfte zu bekommen, wodurch für Großbetriebe Reserven frei werden.

In den kommenden fünf Jahren soll die Produktion der Warschauer Industrie fast verdoppelt werden, die Zahl der Beschäftigten soll aber nur um 20 % steigen. Die Produktionserhöhung soll also hauptsächlich durch Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht werden.

5) Handwerker auf dem Lande

Ein deprimierendes Bild bieten die Bedingungen, unter denen die handwerklichen Betriebe auf dem Lande arbeiten müssen.

Den Berichten aus der nordöstlichen Wojewodschaft Bialystok entnimmt man, daß ein Bauer oft eine Reise in die Stadt machen muß, um sich Schuhe besohlen oder seinen Pflug reparieren zu lassen.

Owohl man die Errichtung von einigen Hundert Handwerksbetrieben in den Dörfern der Wojewodschaft beschlossen hat, haben die Volksräte überhaupt keine Gebäude für diese Betriebe vorgesehen. So konnten nur solche Betriebe entstehen, die entweder keine besonderen Räumlichkeiten brauchen (Baubetriebe), oder solche, die eigentlich schon längst als illegale Betriebe existierten und sich jetzt nur noch registrieren zu lassen brauchten.

Als zweites Hindernis wirkt sich die Rohstoffzuteilung aus. Obwohl die Zahl der Betriebe erhöht werden soll, werden die Rohstoffzuteilungen systematisch verkleinert, so daß sienicht nur für die bestehenden, sondern erst recht für die neuen Betriebe nicht ausreichen.

In dieser Situation kann es nicht verwundern, daß sich immer mehr Dorfhandwerker zur Schliessung ihrer Werkstätten entschliessen müssen. Die letzten Äusserungen GOMULKAs, der das Privathandwerk als einen zum Absterben verurteilten Wirtschaftszwei bezeichnete (obwohl er gleichzeitig einräumte, daß es jetzt noch eine nützliche Rolle erfüllt), werden wohl auch viele entmutigen, sich dem Privathandwerk zu widmen.

Man hat nicht einmal den Eindruck, daß das Dahinsiechen vieler handwerklicher Betriebe in Polen ein Resultat bewußter Schikane der örtlichen Verwaltung ist. Auch Polen kennt die Institution "lobby". Bei der allgemeinen Knappheit der meisten Güter, Räumlichkeiten, usw. kommen am besten diejenigen davon, die mächtige Gönner in den Verteilungsstellen besitzen. Das private Handwerk besitzt zwar eine Interessenvertretung (Handwerkskammer) , die Bedeutungslosigkeit dieser Kammer wird jedoch am Besten durch die Tatsache illustriert, daß sie der Demokratischen Partei als politische Domäne überlassen wurde. Als "Lobbyist" des Handwerks ist die Kammer völlig einflußlos. Umgekehrt bleiben den staatlichen Großbetrieben viele - zwar illegale, aber dennoch geübte - Einflußmöglichkeiten.

III. Polen und das Ausland

1) Bundestagswahlen

Die Presseinformationen über die Wahlkampagne beschränkten sich fast ausschliesslich auf die Berichte der in Bonn akkreditierten polnischen Pressekorrespondenten, die im allgemeinen sehr fragmentarisch waren und dem Leser keinen genaueren Einblick in den Verlauf des Wahlkampfes erlaubten. Seite Mitte August wurde auch das bisher ziemlich schwache Interesse der Öffentlichkeit für diese Wahlen durch die Verschärfung der Berliner Krise abgelenkt.

Erst am Tageder Wahlen erschien in der parteiamtlichen "Trybuna Ludu" ein Redaktionsartikel, in dem man eine kurze Wahl-Vorschau zu machen versuchte, und drei Tage später, am 20. Sptember, wurde das Ergebnis der Wahlen in einem zweiten Redaktionsartikel besprochen.

Aus dem ersten Artikel, der vom Leiter der Auslands-Abteilung der Zeitung, Artur KOWALSKI unterzeichnet ist, entnehmen wir folgende Zitate:

> "Formell gesehen beteiligen sich 9 Parteien an den Bundestagswahlen. Man kann aber unschwer feststellen, daß sich außer dem Programm der Deutschen Friedensunion, die verfolgt und terrorisiert wird, die Wahlprogramme aller übrigen Parteien auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen, und zwar auf die unzertrennliche 'Dreieinigkeit' :Militarismus, Revisionismus und Antikommunismus."...
>
> Die Wahlkampagne Adenauers enthielt eine neue Dosis chauvinistischen Giftes. Un es muß festgestellt werden, daß ihm in dieser Hinsicht die Anführer der SPD mit Brandt an der Spitze in nichts nachstanden. Letzterer bildete sich ein, daß er durch Überbieten des Kanzlers im Nationalismus und Revisionismus die Wahlen gewinnen kann.
> In dem Überbieten war er erfolgreich. Die heutige Führung der SPD blieb der schändlichen Tradition des Verrates treu. Seinerzeit stimmten die sozialdemokratischen Anführer für den Staatshaushalt Kaiser Wilhelms, und im Jahre 1933 akzeptierten sie die Außenpolitik Hitlers.
> Die provokatorische Aktivität Brandst in Westberlin gehört zu den schändlichsten Taten der SPD seit der Niederlage Hitlers.

Der sozialdemokratische Verrat an der Anti-Atomwaffen-Bewegung und die Befürwortung der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr wird für die Nachkommen Symbol des Niederganges einer Partei sein, die einst eine Partei der Arbeiter war und heute im Smpfe der militaristischen Reaktion versunken ist.

Im gleichen Sumpfe versunken sind mehr oder weniger auch die übrigen bürgerlichen Parteien in der Bundesrepublik. Der Wahlkampf fiel zeitlich mit einer Periode gesteigerter internationaler Spannung zusammen. Es wird wohl keine Übertreibung sein, wenn wir behaupten, daß diese Kampagne ausschliesslich darauf ausgerichtet war, diese Spannung aufrechtzuerhalten und zu vergrößern, um eine neue Welle des Chauvinismus und der Revanche zu entfachen."

Der zweite Artikel ist schon nach den Wahlen geschrieben und weist J. KOWALESWKI (Redaktionsexperte für deutsche Fragen und ehem. polnischer Korrespondent in Bonn) als Verfasser auf. KOWALEWSKI schreibt u.a.:

"Die CDU ist weiterhin die führende politische Kraft in Westdeutschland. Jedoch zum ersten Male bekam sie nicht mehr, sondern weniger Stimmen. Dieser Stimmenverlust beweist, daß die westdeutsche Bevölkerung mit der Politik Adenauers unzufrieden ist und dieser Politik mißtraut....

Diese Unzufriedenheit hat jedoch zweierlei Charakter. Für manche ist die Politik Adenauers immer noch nicht aktiv und dynamisch genug und nicht zu wenig national. Diese Leute gaben wahrscheinlich ihre Stimmen dem vorlauten Befürworter der größeren Aktivität und dem größeren, 'nationalen Dynamismus' - Brandt...

Für andere Wähler war die Politik Adenauers durch zu große Gefahren belastet. Sie wurden durch die Unelastizität und Unversöhnlichkeit Adenauers abgeschreckt. Es ist anzunehmen, daß auch ein Teil dieser Unzufriedenheit ihre Stimmen trotz kriegerischem Geschrei Brandts der SPD gab, ein anderer Teil dürfte ihr Vertrauen der FDP geschenkt haben...

Gäbe es in Westdeutschland eine <u>große</u> oppositionelle Kraft, die der Adenauerschen Politik eine <u>wirkliche</u> Alternative entgegenstellen würde, so könnten die Stimmenverluste der CDU eine politisches Ereignis

ersten Ranges sein, das beachtliche personelle und parlamentarische Konsequenzen hätte. Heute aber kann die Auswirkung dieser Tatsache auf die allgemeine Konfiguration der politischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland nur beschränkt sein...

Eine nicht weniger komplizierte Erscheinung ist die beachtliche Erhöhung der Stimmenzahl, die für die SPD abgegeben wurde. Die Sozialdemokratie bediente sich während der Wahlkampagne verschiedener Argumente. Es gab Fälle, wo man sich der CDU entgegensetzte (viele traditionelle Wähler der SPD, besonders unter den Arbeitern, glauben noch ernsthaft an die Opposition dieser Partei), aber gleichzeitig übte man auf die Regierung Druck aus, mit dem Ziele, die Adenauersche Politik in eine "allgemein nationale" Politik des kämpfenden Antikommunismus umzugestalten....

Die Mannigfaltigkeit der Motive verschiedener SPD wählender Menschen wird sich jedoch in der politischen Praxis des Landes kaum auswirken. Niemand kann leider Brandt daran hindern, alle 11,4 Millionen Stimmen der SPD-Wähler seinem Rufen nach einer noch wirksameren Politik der Stärke zuzuschreiben...

Die FDP errang den augenfälligsten Sieg. Wasvertritt die FDP und was will sie in der westdeutschen Politik vertreten? Das geht schon aus der Tatsache hervor, daß sie einen großen Teil ihrer Wahlkampagne unter der Losung einer Regierungskoalition mit der CDU führte. Niemand strebt aber nach einer Koalition mit jemandem, dem er sich in wesentlichen Fragen entgegensetzen will...

Es ist bekannt, daß etwa in der Frage Westberlins die FDP eine unversöhnliche Haltung an den Tag legte. Man kann sich also schwer vorstellen, daß die Ehe der FDP mit der immer noch mächtigen CDU wirkliche neue Elemente in der westdeutschen Politik zum Vorschein bringen wird."

Die Schlußfolgerung dieses Artikels ist, daß auch nach den Wahlen zum Bundestag nichts darauf hinweist, "daß die schwierigen, aus der westdeutschen Politik resultierenden Probleme für uns und für den Weltfrieden etwas von ihrer Schärfe eingebüßt haben."